



Presseinformation

Nr. 26.048

25.02.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 17 – Sucht- und Drogenprävention strategisch und datenbasiert weiterentwickeln

Dazu sagt der gesundheitspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Jasper Balke:

Ernsthafte Prävention bedeutet: früher erkennen, schneller warnen, passgenauer handeln

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleg*innen,

wenn wir heute über Drogen und Sucht sprechen, dann reden wir nicht über ein Randthema. Wir reden über Gesundheit. Über Jugend- und Verbraucherschutz und über eine Realität, die sich schneller verändert als unsere klassischen Berichtswege.

Denn der Drogenmarkt ist nicht mehr das, was er vor zehn Jahren war. Substanzen werden potenter, Mischkonsum wird gefährlicher, neue Stoffe tauchen auf und manchmal wissen die Hilfesysteme erst dann davon, wenn die ersten Menschen in der Notaufnahme landen.

Und genau das ist der Punkt: Wenn wir ernsthaft Prävention wollen, dann müssen wir früher dran sein. Früher erkennen, schneller warnen, passgenauer handeln.

Der Antrag des SSW setzt hier grundsätzlich richtig an: Wir brauchen bessere Daten und wir brauchen sie möglichst zeitnah. Dazu gehören eben nicht nur klassische Statistiken, sondern auch moderne Instrumente wie Abwasseranalysen als ein Baustein, um Trends früh zu erkennen und das Dunkelfeld besser zu verstehen. Und es gehört genauso dazu, Maßnahmen wie Drug-Checking jetzt auch schnell in die Umsetzung zu bringen, weil diese evidenzbasiert gesundheitliche Schäden reduzieren und an die Lebensrealität der meisten Menschen angepasst sind.

Aber: Wirksame Prävention braucht eine Struktur, die aus Daten tatsächlich Handeln macht. Und genau da setzt unser Alternativantrag an.

Wir schlagen vor, in Schleswig-Holstein einen Landesnotenpunkt aufzubauen, eine zentrale fachliche Stelle, die Informationen bündelt, bewertet und dorthin bringt, wo sie gebraucht werden: in die Suchthilfe, in die Kommunen, in die Präventionsarbeit, in Notaufnahmen und Rettungsdienste. Eine Stelle, die nicht einmal im Jahr einen Bericht schreibt, sondern ein laufendes Lagebild organisiert. Und die dafür sorgt, dass Warnungen und Erkenntnisse schnell die Praxis erreichen.

Das ist kein Selbstzweck, sondern eine ganz praktische Frage: Wie schnell kommt ein gefährlicher Trend bei denen an, die Leben retten? Wie schnell wissen Streetwork, Beratungsstellen, Kliniken und Kommunen, worauf sie sich einstellen müssen? Und wie schnell können wir Prävention so nachsteuern, dass sie die richtigen Gruppen erreicht?

Auf Bundesebene gibt es dafür das Nationale Frühwarnsystem, das „National Early Warning System“, kurz NEWS. Genau daran wollen wir unser Land Schleswig-Holstein enger anbinden und aktiv mitarbeiten, damit Warnungen nicht irgendwo hängen bleiben, sondern hier im Land tatsächlich Wirkung entfalten. Unser Alternativantrag macht daraus einen konkreten Arbeitsauftrag: Vernetzung, regelmäßiger Austausch der relevanten Akteure, klare Informationswege und ja, auch die Stärkung der Landesstelle für Suchtfragen, damit Koordination und Umsetzung funktionieren.

Denn, liebe Kolleg*innen, die Lage ist ernst genug. Bundesweit sind im Jahr 2024 über zweitausend Menschen an den Folgen illegaler Drogen gestorben. Und der Anteil junger Menschen unter 30 ist dabei weiter gestiegen. Das ist kein abstrakter Befund. Das sind Familien, Freundeskreise, Schulklassen. Das ist Leid, das wir nicht wegdiskutieren dürfen und das wir mit kluger Prävention und schnellen Warnstrukturen zumindest teilweise verhindern können.

Und genau hier liegt die Kernbotschaft: Prävention ist mehr als Plakat und Projekttag. Prävention heißt: verlässliche Informationen, zur richtigen Zeit, am richtigen Ort. Prävention heißt auch, dass wir Schadensminimierung dort ernst nehmen, wo sie Leben schützt. Und Prävention heißt vor allem: Wir handeln datenbasiert, nicht nach Bauchgefühl und nicht erst, wenn es zu spät ist.

Der SSW-Antrag zeigt in die richtige Richtung. Unser Alternativantrag liefert den Hebel, um diese Richtung auch umzusetzen: mit einem Landesknotenpunkt als Motor eines modernen Monitorings und eines funktionierenden Frühwarnsystems, vernetzt mit dem Bund, verankert im Land, nutzbar für Praxis und Politik.

Deshalb werbe ich um Unterstützung für unseren Alternativantrag.

Vielen Dank.

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.lsh.de
sh-gruene-fraktion.de